

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1921 Nr. 348

Jahrgang 214

**Bezugspreis:** für hiesige und ansonstige Bezugs monatlich RM. 1,50, vierteljährlich RM. 4,50, halbjährlich RM. 8,50, jährlich RM. 16,50, für den Postbezugs monatlich postal. Beleggeld.  
**Geschäftsstelle:** Leipziger Straße 61/62, Leipzig Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5809 und 5610. — Postbezug: Leipzig 20512.

**Morgen-Ausgabe**

**Dienstag, 2. August**

**Anzeigenpreis:** Die 6 Sp. 24 mm breite mm-Standard (2) 4. Die 3 Sp. 20 mm breite mm-Standard (2) 3.00. A. haben nach Carl. Zeitungspreis-Skala-Gesetz.  
**Geschäftsstelle:** Berlin: Bernburger Str. 80, fernruf Amt Kurfrfr. Nr. 0290  
Elegante Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Ubele, Halle-Saale

### Neueste Tagesnachrichten

- \* Meldungen aus Oberösterreich bezeugen, daß die Spüragenten vollbestimmt zum nächsten Aufzuge gerüstet sind.
- \* Nach Meldungen aus Moskau deutet es in Rußland bedenklich zu gehen. Das Volk leidet unter Hunger und Cholera.
- \* Das Eisenbahnunglück bei Angermünde hat 20 Verletzte gefordert. Es ist auf schnelle Durchfahrt der Kurve zurückzuführen.
- \* Die französischen Blätterstimmen sind über das Kompromiß zwischen England und Frankreich nicht ganz zufrieden.

### Oberschlesien und Oberker Rat

Der Schritt in Berlin.

b. Berlin, 1. August.

Die Meldung, daß der englische Vorkauf in Berlin Schritt am Sonntagabend die Witzung erhalten habe, sich dem Schritte des französischen Vorkaufers anschließen, dürfte den Tagenden voraussehen. Die deutsche Reichsregierung hat jedenfalls bisher in der Frage des Truppentransportes nach Oberschlesien noch keine neue Note eines der Mächten erhalten. Wie der „Zot.-Mag.“ aus guter Quelle erzählt, wissen die hiesigen Amtstellen aus den Presse-meldungen nur, daß ein gemeinsamer Schritt der Mächte bevorsteht, der jedoch ganz im Sinne der bisherigen Forderungen ausfallen dürfte, nämlich, daß in der Frage des Truppentransportes der Oberker Rat eine Entscheidung treffen werde.

Der bestimmte Wortschatz des Sonder-Bureaus gegenüber dem „Recht“ vertritt, mit der Tag der Zusammenkunft des Oberker Rates noch nicht endgültig bestimmt werden sei. Die englische Regierung überlasse der französischen Regierung die Wahl des Ortes, da die französische Regierung die Einladung zur Tagung habe ergehen lassen.

### Hungerrevolten in Rußland

b. Kopenhagen, 1. August.

Wie aus Petersburg gemeldet wird, sind dort Gerüchte verbreitet, daß die Sowjetregierung gegenüber den Führern der Revolution erklärt haben soll, daß es ihr unmöglich sei, die Herr zu werden. Die Sowjetregierung habe sich daher bereit erklärt, alle Parteien zusammenzubringen, um gemeinsam das Schicksal Rußlands zu bestimmen. Es verlautet, daß ein einzelnes Komitee, in dem die Bolschewiken nur ganz geringe repräsentiert sind, die Macht der Regierung übernehmen soll. In Petersburg beging das Krawall-Regiment wegen der Freisetzung der Brotwagen aus einigen Tagen Meutereien. Es gelang dem Kommandanten, die aufrührerischen Soldaten durch das Versprechen zu beruhigen, daß er versuchen werde, eine Besserung der Lage herbeizuführen. Am nächsten Tage wurde das Regiment auf einen Platz geführt, angeblich, um militärische Übungen vorzunehmen. Hier wurde der Platz von mehreren kommunistischen Truppen umringt, und alle Soldaten, die bei der Meuterei eine hervorragende Rolle gespielt hatten, wurden von der Front gestellt und auf der Stelle erschossen.

b. Kewal, 1. August.

In Madras ereigneten sich in den letzten Tagen schwere Unruhen. Diese hätten zur Folge, daß dort der Belagerungszustand verhängt wurde. Einzelheiten liegen noch nicht vor. Der Rat der Gouverneure hat ein Dekret erlassen, wonach es den jungenen Mitgliedern verboten wird, nach Madras zu kommen. Das „Daily Chronicle“ teilt mit, daß der Zug der Hungernden nach Madras zu bewegt. Die Zahl beträgt weit über sechs Millionen. Der Zug hat bisher vollständig die Gouvernements Madras, Benga und Bihar überschritten und bewegt sich eine Unstetigkeit vorwärts. Am 20. Juli trafen die hungernden Massen in der Stadt Bombay ein, und nachdem sie die Truppen, die sich ihnen entgegenstellten, hätten, in die Stadt geschlagen haben, blühterten sie sämtliche Vorstädte der Stadt. Alle Verstecke der Bevölkerung, der Feuerwerke und der Truppen wurden geschändet und von der halb wahnwitzigen Menge sofort zerstört. Alles, was nicht gleich aufgefunden werden konnte, wurde mitgeschleppt. Im Government Samara herrscht die Cholera-Epidemie auf das furchtbare. Allein in der Stadt Samara formen täglich vierzig neue Lebewelt vor. Eine ungeheure Anzahl von kranken Eltern hat ihre Kinder im Stich gelassen. Im Government Samara allein gibt es 40 000 von Eltern verlassene Kinder.

b. Stockholm, 1. August.

„Die Dagligt Allehanda“ meldet aus Mexiko: Alle Zeichen deuten darauf hin, daß die weitere Bevölkerung im Begriffe ist, sich zu erheben. Auf einer der letzten Sitzungen der Volksversammlung in Mexiko äußerte sich Ramonero folgendermaßen über die Hungersnot: Wir können die 25 Millionen Menschen, die eben Hunger leiden, nicht ernähren, auch nicht einmal die 10 000 Arbeiter in Mexiko. Wenn es uns aber gelingen sollte,

die Ernährung unserer kommunistischen Bataillone sicherzustellen und etwa mit 20 000 Arbeitern einige der größten Fabriken in Betrieb zu halten, so ist unsere Partei damit imstande, jeden Widerstand zu brechen. Wir sind heute in Petersburg bekannt wurde, daß die menschenhätige Partei eine Proklamation erlassen, in der die Arbeiter zu den Waffen gerufen wurden. Darin heißt es u. a.: „Wir fordern nicht nur Brot, die Menschheit lebt nicht nur von Brot allein. Es ist hohe Zeit, daß wir zur Verantwortung kommen und die Regierung stürzen. Wir rufen alle zum Kampf auf: Arbeiter, Bauern, Militär, Matrosen und die gesamte demokratische Intelligenz.“ Diese Proklamation hat die Regierung durch Verhängung des Belagerungszustandes beantwortet.

### Der Mangel an Medikamenten

b. Ostfriesland, 1. August.

Mit einem deutlichen Sinn auf das Hungerloch an Deutschland schreibt in der amtlichen „Mosaik-Zeitung“ der Reichskommissar für das Gesundheitswesen, Semmlitz, über den Bedarf Rußlands an Medikamenten. Statt der notwendigen 400 000 Pfd. (64 Millionen Kilogramm) Medikamente habe Rußland nur 15 000 eingeführt (240 000 Kilogramm), während der Einfuhrplan für die erste Hälfte dieses Jahres 41 000 Pfd. (660 000 Kilogramm) vorgezählt habe.

### Die Küftung der polnischen Insurgenten

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

b. Warschau, 1. August.

Die Lage in Oberschlesien wird von Stunde zu Stunde trüber. Es laufen fortwährend Meldungen ein, die von ausweichenden polnischen Truppenanführungen aus der schließlichen Grenze berichten. Die Reformation der bei Gendarm konzentrierten polnischen Truppen ist bis auf ihre Ausrüstung mit Munition beendet, die jedoch in den ersten Tagen im August von französischer Seite geliefert werden soll. In Mielowitz trafen gestern, von Katowitz kommend, vier Infanterie mit englischen Truppen ein, die bei Mielowitz und Wierzbna verteilt wurden. Die Zahl der in diesen Ortschaften jetzt stationierten englischen Truppen beläuft sich auf etwa 250 Mann. Es ist anzunehmen, daß General Schneider, der seine Aufgabe in Oberschlesien anders aufzufassen als Leschenow, den Polen die richtige Antwort darauf erteilen wird.

### Englische Stimmen zur Verständigung

w. London, 1. August.

Wie Mütter nehmen in ihren Leitartikeln an dem in der oberösterreichischen Frage zwischen England und Frankreich erzielten Kompromiß Stellung. „Daily Chronicle“ begrüßt das erzielte Einverständnis, schreibt jedoch: Wir würden ebenfalls, daß die Kontinente Kontinente aufgegeben werden, wenn nicht die Kontinente Kontinente nicht leicht beizulegen werden könnte ihre Beibehaltung trotz der Erfüllung unserer Forderungen durch die Regierung Witz die Stellung dieser Regierung unklar machen. Ein solches Ergebnis müßten wir aber vermeiden, solange wir es können.

„Daily Telegraph“ findet die Erklärungen Lord Georges in Paris bezüglich der in Aussicht genommenen Verständigung nicht leicht beizulegen, unter anderem, daß die Aufgabe seiner Lösung kann erst dann in Angriff genommen werden, in einer Atmosphäre, die von dem Zwecke, den das diplomatische Parlament während der letzten zwei Wochen bezweckt, befreit ist. Das Wort erklärt schließlich, Lord Georges habe bei der Verfolgung der Politik, die er im Rate der Entente einträte, die gesamte britische Nation hinter sich. Die Angriffe gegen Lord Georges seien tatsächlich Angriffe auf die Struktur des französisch-britischen Einverständnisses.

„Morning Post“ und „Times“ heben die Worte Lord Georges hervor, daß die größten Opfer Frankreich diesem Zwecke einen besonderen Anspruch auf Berücksichtigung geben.

w. London, 1. August.

Der „Observer“ schreibt in seinem Leitartikel, Oberschlesien müsse in seiner Gesamtheit deutsch bleiben, nicht nur auf Grund der Volksabstimmung, sondern auch auf Grund historischer, geographischer und wirtschaftlicher Erwägungen und im Hinblick auf den künftigen Frieden und die Stabilität Europas. Jede Teilung müsse verhängnisvolle Folgen haben. Es sei ein Unglück, daß die anderen Alliierten, mit Frankreich zu einem Kompromiß zu gelangen, bereit zu sein scheinen. Wenn und Wobent den Polen ausgetrieben werden und die übrigen Teile Polens ausgetrieben werden, wie es Frankreich verlange, würden die Verwirrung und die Verluste der Industrie unbeschreiblich und die politischen Folgen in Deutschland unheilvoll sein. Die Durchsetzung des französischen Teilungsplanes würde die letzte Ursache zu ein gewichtiges demokratisches Meinere in Deutschland unmöglich machen. Die Regierung Witz würde fallen. Die Deutschen würden zu der Heberzeugung gelangen, daß die einzige Hoffnung bei den Konserverativen der Rechten und in der schließlichen Wiederherstellung des Militarismus zu suchen wäre. Die Franzosen seien nicht nur vorbereitet auf diese Folgen, sondern wünschten sie herbei, um Deutschland endgültig zur Anerkennung der französischen Führung gezwungen zu können. Eine politische und wirtschaftliche Kombination zwischen England, Frankreich, Deutschland und Italien würde das beste Mittel zur Genesung Europas und zur Verhütung des Zites sein.

### Beamtenpolitik im Reichstag

Von Degler, M. D. R.

In Nummer 290 der „Täglichen Rundschau“ stimmt der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, Herr Postinspektor Morath, ein Klagebuch über den Verfall gewisser Parteien um die Gunst der Beamten an. Der Artikel zeigt Herrn Morath im Strahlenglanz reiner Sachlichkeit als einzigen Abgeordneten, der, alle anderen Mitglieder des 23. Ausschusses tumbeho überwand, einig und allein, frei von allen parteipolitischen Beweggründen, gerecht und weise die Beamteninteressen vertritt. Der Artikel schenkt mir zu unbedeutend zu sein, um darauf zu erwidern. Wenn ich es dennoch tue, so geschieht es, um dem Wunsch einiger Parteimitglieder nachzukommen, die Wert auf eine Darstellung der Haltung der deutsch-nationalen Reichsopposition in der die Beamtenfrage gegenwärtig stark bewegenden Frage der Ortsklasseneinteilung legen. Auf die Tonart des Artikels will ich nicht weiter eingehen. Zumerhin scheint es mir nötig zu betonen, daß Ausdrücke wie „die Radikalen rechts“, die Herr Morath mit den Radikalen links auf eine Stufe zu stellen beliebt, aus der Feder eines Abgeordneten einer beredenden Partei — gelinde gesagt — eigenartig klingend und nicht geeignet find, die von weiten Kreisen der deutsch-nationalen und der Deutschen Volkspartei gewünschte Annäherung beider Parteien zu fördern. Herr Morath, der der Nationalvermittlung nicht angetröhnt, scheint in der Gewöhnlichkeit seiner Partei wenig befangen zu sein, sonst müßte er wissen, daß die erwählten Vertreter seiner Partei in Einklang mit den Radikalen rechts“ Schuler an Schuler gekämpft haben und ihnen diese Waffenbrüderschaft sehr willkommen und förderlich gewesen ist.

Der Vorwurf des demagogischen Verhaltens der Deutsch-nationalen stützt Morath auf zwei Vorgänge: Die Organisationsprüfung und das Ortsklassenverhältnis. Wichtig ist, daß wegen der Organisationsprüfung ein Teil der Fraktion eine Interpellation eingebracht hat. In der Fraktion herrscht der Grundgedanke, daß Interpellationen nur von der gesamten Fraktion eingebracht werden dürfen. Doch in diesem Falle hiervon abgesehen wurde, beruht auf einer Verkettung widriger Umstände. Für das lokale Verhalten der Deutsch-nationalen zeugt jedoch die Tatsache, daß sich ihrer Vertreter im 2. Ausschusse, die dort größten Beweiskräfte achtend, die Interpellation nicht unterzeichnet haben. Diese Tatsache ist Herrn Morath bekannt. Daß er sie verschwiegen hat, beweist, daß es ihm nicht auf eine sachliche Darstellung, sondern nur darauf ankam, den anderen Parteien eins auszuwichen.

Die Schilderung der Verhandlungen über die Ortsklasseneinteilung ist jedoch unrichtig. Herr Morath scheint den Verhandlungen nicht die genügende Aufmerksamkeit zugewendet oder sie nicht verstanden zu haben. Nachstehend der Sachverhalt:

Vor Beginn der Sitzung des 23. Ausschusses, auf deren Tagesordnung die Ortsklasseneinteilung stand, überreichte mir der Abg. Neumann der Deutschen Volkspartei einen Antrag zur Mitunterzeichnung, der die Verringerung der Zahl der Ortsklassen von 5 auf 8 forderte. Ich erklärte mich sofort zur Mitunterzeichnung und im Interesse eines gemeinsamen Vorgehens zum Verzicht auf einen bereits vorbereiteten eigenen Antrag bereit und legte den Antrag Neumann meinen Freunden Schmidt-Ettlin und Vogel-Berlin zur Mitunterzeichnung vor, die meinen Verhalten zustimmten. Der Antrag fand die Unterstützung aller Parteien, mit Ausnahme desentrums.

Die Regierung befaßte sich am 23. August mit dem Antrag auf die finanzielle Wirkung, die sie auf ungefähr vier Milliarden Mark besäße, sowie auf die weitestgehende Verzögerung der Fertigstellung des Ortsklassenverhältnisses hin, da bei der Annahme des Antrages die bisherigen Arbeiten der statistischen Behörde nur noch als Material dienen könnten und neue Erhebungen auf neuer Grundlage nötig wurden. Sehr ernstlich wurde sich auch der Vertreter des Reichsvereins der Beamten gegen den Antrag; er betonte besonders die Rückwirkung auf den nach mühevollen Verhandlungen aufstehende getommenen Rohstoff der Eisenbahnarbeiter. Der Ausschuss trat zwar in eine Aussprache ein, setzte aber die Beschlußfassung aus, um seinen Mitgliedern die Möglichkeit der Berücksichtigung an die Fraktionen und den Regierungsparteien Zeit zu gemeinsamer Beratung zu gewähren, sowie den Gewerkschaften Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Die Organisationsfragen sprachen sich, mit Ausnahme des Bundes der höheren Beamten, sämtlich für die Verringerung der Zahl der Ortsklassen aus. Dagegen gingen ihre Ansichten in der Frage, ob die Verringerung der Zahl der Ortsklassen so wertvoll sei, daß eine weitestgehende Verzögerung der Beschlußfassung des Ortsklassenverhältnisses in Kauf genommen werden könne, auseinander.

In der nächsten Sitzung des 23. Ausschusses beantragte Abg. Dr. Höffe (Zent.), die Aussprache auf bestimmte, von ihm formulierte Fragen zu beschränken. Als erster Redner

entwarf ich dem Wunsche des Genannten, indem ich namens meiner Fraktion die Erklärung abgab, daß die deutsche nationale Fraktion die Beibehaltung der Zahl der Ortsklassen vor sich zu haben für erforderlich halte und an dem mit den anderen Parteien gemeinsam gestellten, diese Forderung enthaltenden Antrage teilnahm. Für den Fall, daß der Antrag keine Mehrheit finden sollte, legte ich — ebenfalls im Auftrag der Fraktion — einen Eventualantrag vor, der die Beibehaltung der Differenzierung des Zensusaufschlages nach Ortsklassen vom 1. Juli 1921 ab und die Verringerung der Spannung des Ortsaufschlages zwischen den Ortsklassen forderte.

Der weitere Verlauf der Sitzung gestaltete sich hochdramatisch. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei jonglierten. Sie, deren Namen als erste unter dem gemeinsamen Antrag aller Parteien standen, zogen ihre Unterschrift zurück, suchten aber über das Besondere dieses Vorgehens dadurch hinwegzukommen, daß sie unter Anwendung aller nur denkbaren Mittel und Kniffe alle anderen Mitglieder zum Verzicht auf den Antrag zu bewegen suchten. Als ihnen dieser Versuch nicht gelang, suchten sie die Abstimmung über den Antrag zu hintertreiben. Abg. Weuermann verteidigte die fonderbare Auffassung, daß der Antrag, der seinen Namen getragen habe, dadurch, daß er seine Unterschrift zurückgezogen habe, hinfällig geworden sei. Es folgte viel wilde, aber auch überzeugende, bis hin auf die äußerste Spitze der Aufregung der Deutschen Volkspartei, die auch der Mehrheitssozialist Endler die Unterschrift unter dem Antrage zurück. Nach eingehender Geschäftsordnungsdebatte gelang es schließlich, den Antrag, der nimmermehr abgelehrt, wenigstens die Abstimmung zu bringen. Es stimmten für ihn: 3 Deutschnationale, 1 Demokrat (das meiste demokratische Mitglied erhielt erst nach der Abstimmung), 1 Mehrheitssozialist, 2 Unabhängige; dagegen stimmten: 3 Zentrum, 3 Deutsche Volkspartei, 1 Mehrheitssozialist (der W.-Soz. Steinfort fehlte), 1 Wagn. Volkspartei. Der Antrag wurde also mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt und damit die Beibehaltung der fünf Ortsklassen beschlossen. Nimmermehr suchte die Deutsche Volkspartei die Einigung wegen Beibehaltung der Differenzierung des Zensusaufschlages nach Ortsklassen herbeizuführen und legte einen dahingehenden Antrag vor. Es kam zu langen Auseinandersetzungen zwischen ihr und dem Zentrum, das sich nicht auf Beibehaltung der Differenzierung festlegen lassen wollte. Diese Nebenlotos, als auch der Antrag der Deutschen Volkspartei waren überflüssig, da der zu Beginn der Sitzung bereits schriftlich überreichte Eventualantrag der Deutschnationalen auf Beibehaltung der Differenzierung vorlag. Die Ausrede wurde derart ergriffen, daß eine geordnete Geschäftsführung nicht mehr möglich war und die Sitzung schließlich abgebrochen wurde.

Zum Schluß noch ein Wort über Herrn Abg. Morath. Wie, wie er, sich zum Richter über seine Parlamentarität erhoben hat, sollte nicht frei sein von dem Fehler, die er bei anderen glaubt liegen zu müssen. Ist dies bei Morath der Fall? Die Antwort darauf gibt sein Verhalten im Reichstage, zuletzt bei Beratung der Ausführungsbestimmungen zum Wahlgesetz. Nach unendlich mißvollenen Verhandlungen war es im Ausschusse gelungen, eine Einigung herbeizuführen, um deren Zustandekommen, wie von der Regierung dankbar anerkannt wird, sich die von Morath geforderten Deutschnationalen ein nicht geringes Verdienst erworben zu haben. Alle Parteien haben schweren Argers in Interesse des Ganzen Eingewilligte zurückgestellt. Selbst Unabhängige und Kommunisten, die sich ebenso wie Morath im Ausschusse, Erwähnen für das Zentrum vorbehalten hatten, begünstigten dort auf Wort, um die Annahme der Ausführungsbestimmungen nicht zu gefährden. Nur Morath nahm seinem gegnärenischen Rufe nach, er verweigerte nicht, sondern, von ihm schlecht beratenen Fraktion, die Zustimmung zu den Anträgen des Ausschusses. Das eilige Schweigen und der Verzicht auf jede Erwiderung waren die letzte Antwort des Hauses. Die von Morath betriebene Demagogie kann kaum übertrieben werden. Ich empfehle ihm, zu beherzigen, was im 7. Kap. des Mt. Matthei geschrieben steht. Dort heißt es: „Du Däwler, zieh am eriden den Balken aus deinem Auge; darnach besteh, wie du den Splitter aus deines Bruders Auge ziehest.“

### Spaltung der französischen Gewerkschaften

b. Paris, 31. Juli.  
Der französische Gewerkschaftskongress in Lille, der mit einer Schere zwischen den Anhängern von Amierdam und den Amierdamianern ergriffen wurde, nachdem eine Tagesordnung mit einer Riedelung der Volkswirtschaften bedeutet. Es liegt darüber folgende Meldung vor:

Die Tagesordnung, die der Gewerkschaftskongress in Lille geteilt genehmigte, wurde mit 1072 Stimmen der Anhänger des Allgemeinen Arbeiterverbandes angenommen. Die Mehrheit, die der Anhänger der Amierdamianer Internationale gebührt, erhielt für ihre Tagesordnung 1835 Stimmen. 66 Delegierte enthielten sich der Abstimmung.

Die Tagesordnung fußt auf den Beschlüssen, die vom Kongress in Amiens angenommen wurden und hauptsächlich von allen anderen Kongressen des Allgemeinen Arbeiterverbandes bekräftigt worden sind. Der Kongress wird der C. G. T. den Auftrag, die Verwirklichung eines Mindestprogramms zu erstreben, namentlich aber für den Wiedererwerb der vertriebenen Gebiete einzutreten, für Nationalisierung der öffentlichen Dienste, für Einführung der sozialen Versicherung, für Arbeiterkontrolle und schließlich auch für den Überfall gegen die Verletzungen der Arbeitgeber, die Löhne herabzusetzen und die Arbeitszeit zu verlängern. Schließlich wird in der Tagesordnung gesagt, daß die der gegenwärtigen Weltlage jede besondere Frage jedem Lande überlassen werden müsse, daß aber internationale Einigungen wünschenswert seien. Der Kongress erklärte daher, daß die Gewerkschaften Internationale von Amierdam aufzulösen.

Paris, 31. Juli.  
Die das kommunistische „Internationale de Lille“ bekräftigt, hat die radikale Mehrheit des Gewerkschaftskongresses, also Anhänger der Moskauer Internationale, heute getrennt gesagt. Die Kommunisten haben einen Antrag gestellt, woraus sich schließen läßt, daß sie die Mehrheit haben, den Allgemeinen Arbeiterverband zu verlassen.

### Aufhebung der kommunistischen Partei in Jugoslawien

Belgrad, 30. Juli.

Der Geschäftsausschuss der Nationalversammlung hat mit großer Mehrheit den Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der kommunistischen Partei in Jugoslawien angenommen. Gegen die Annahme stimmten nur die Kommunisten, die Republikaner und ein Teil der Agrarier. Die Sozialisten enthielten sich bei der Abstimmung aus dem Saale. Der Gesetzentwurf sieht u. a. die Aufhebung der kommunistischen Partei vor. Jede Annahme, anarchische oder terroristische Propaganda sowie jede Aktion, die eine gemeinsame Bewegung der Staatsform beabsichtigt oder eine Minderung bei einem solchen Vorwande versucht, wird mit dem Tode, die weniger schweren Fälle werden mit 20 Jahren schwerer Strafe bestraft.

Die „Grupe Zagreb“ meldet aus Belgrad: Nachdem alle 58 Mandate der 70 kommunistischen Abgeordneten für nichtig erklärt worden sind, werden die Vorarbeiten für die Geschwollenen getroffen. Die Kommunisten werden von allen öffentlichen Ämtern und den Gemeinderäten ausgeschlossen. Alle Beamte, die in der kommunistischen Partei organisiert sind, werden aus dem Staatsdienste entlassen.

### Troßki interniert?

Das in Berlin erscheinende Organ der Auslandskorrespondenz der sozialdemokratischen Arbeiterpartei „Aufblick“, „Sozialistisches Weltbild“ („Der Sozialistische Bot“), das im allgemeinen über die Vorgänge im bolschewistischen Russland gut unterrichtet ist, veröffentlicht folgendes Schreiben, das der Kriegsgefangene Troßki an den stellvertretenden Parteivorsitzenden in Moskau geschickt hat. Es lautet: „Werte Genosse! Wie Ihnen bekannt sein dürfte, hat unser Zentralkomitee sich auf den Standpunkt gestellt, daß Land und Volk nicht müßig sein dürfte, und da befand ich mich denn eines Tages im Dorfe Archangelosko bei Moskau. Die Bolschewiki (Musschikow-Kommunisten) haben da für mich eine sichere Unterkunft gefunden, mich mit bewaffneten Leuten umgeben. Seien Sie so gut und schicken Sie für diese hungerigen Leute vier Ästen mit Konjerven.“

Wie das Blatt weiter behauptet, soll die zwangsweise Ueberführung Troßkis nach Archangelosko von mehreren Seiten bekräftigt worden sein. Wenn sich diese Radrüchle wahrheiten sollte, so wäre damit der Beweis erbracht, daß

Troßki in dem ihm seit langer Zeit währenden Kampfe mit dem „Kommunisten“ Lenin schließlich nach dem Vorzuge der 3. Internationale den Sieger zugehen habe.

### Der französisch-deutsche Schiedsgerichtschof

In der Plenarsitzung des 5. Juli 1921 hat der französisch-deutsche gemeinsame Schiedsgerichtshof die in Art. 3 Buchst. C seiner Statuten vorgesehene Frist um vier Monate, d. h. bis zum 10. November 1921 verlängert. Es handelt sich hier um die Geltendmachung von Gehaltsansprüchen französischer Staatsangehöriger auf Grund von Zwangsmaßnahmen und Qualifikationen im Deutschen Reich. Die Interessen deutscher Staatsangehöriger werden durch diese Verlängerung nicht berührt.

Im Gegensatz hierzu hat der Schiedsgerichtshof seinen Gehaltsansprüchen der französischen Staatsangehöriger auf Grund von Zwangsmaßnahmen und Qualifikationen im Deutschen Reich. Die Interessen deutscher Staatsangehöriger werden durch diese Verlängerung nicht berührt. Im Gegensatz hierzu hat der Schiedsgerichtshof seinen Gehaltsansprüchen der französischen Staatsangehöriger auf Grund von Zwangsmaßnahmen und Qualifikationen im Deutschen Reich. Die Interessen deutscher Staatsangehöriger werden durch diese Verlängerung nicht berührt.

Die französische Delegation hat in der Plenarsitzung des 1. August bis 30. September eine Art von Obergerichtshof eingerichtet. Sämtliche in den Prozessordnungen der genannten Gerichte vorgesehenen Fristen (z. B. die zur Einleitung der Klagenfrist) sind in dieser Zeit abgelaufen. Die Klagen sind verlängert worden, bis zum 31. Oktober. Klagen, die in der Ferien eingehen, sollen erst nach dem Ferien ausgehört werden, so daß der Fristenlauf erst dann beginnt; werden sie vorher eingeleitet, so laufen die Prozessfristen frühestens vom 1. Oktober ab.

### Preußen — Eine deutsche Frage

Von Oberregierungsrat Dr. R. G. Wegemann, R. d. h. Berlin. Otto Elmer Verlags-Gesellschaft m. b. H. Preis 5,50 M.

Am August 1921 tritt Art. 18 der Reichsverfassung in Kraft, der jedem Bundesstaat die Möglichkeit gibt, sich durch Volksabstimmung von Preußen loszulösen. Nicht genug damit fordern Demokratie und Zentrum die Auflösung Preußens von innen heraus, indem sie die „Selbstverwaltung“ der Provinzen erstritten. Ein dementsprechender Gesetzentwurf liegt bereits in der Kommission zur Begutachtung vor. Der Verfasser zeigt, daß es sich bei diesen Bestrebungen nicht mehr um Selbstverwaltung handelt, sondern um Autonomie in Gesetzgebung und Verwaltung, die die Provinzen in die Hände der Provinzialparlamente überträgt, und daß die Wirkung dieser selbst wäre, wie in Österreich, nämlich Auflösung des Staates. Die Verfasser für Demokratie und Zentrum lehnen zwar ab, die Verfassung Preußens zu erheben, aber der Verfasser weist ihnen nach, daß es sich hinsichtlich um Verfassung handelt: Die preussische Verfassung ist die Verfassung Preußens, und damit die Verfassung des Reiches.

Was würde die Verfassung Preußens bedeuten? Gedenkt es sich nur um eine preussische Frage? Der Verfasser gibt die Antwort: Der Bestand Preußens ist eine deutsche Frage, und er gibt in kurzer Form und fesselnder Darstellung die Begründung unter politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten. Es ist ein Verdienst Preußens, daß es den kolonialen Boden des Ostens mit dem älteren Kulturboden des Westens verbunden hat und wenn die Zeit von 1871 bis 1914 nicht lang genug war, den vollen Ausgieß innerhalb Deutschlands herbeizuführen, so muß das, was Herr von Kahr gesagt hat, nachgeholt werden durch kulturelle Arbeit.

Preußens Geschichte, der alle preussischen Stämme mitgearbeitet, darf nicht zerfallen werden in rheinische, brandenburgische und schlesische Geschichte. Preußen zu zertrümmern wäre die Zerschmetterung der deutschen Geschichte und die Zerschmetterung der deutschen Nation. Preußen ist die größte politische Tat des deutschen Volkes. Wir wollen nicht den Konstitutionalismus und keinen Nationalismus. Es wäre Wahnsinn, das Chaos zu zerbrechen durch Zerlegung Preußens in Kleinstaaten, die nicht fähig wären, die deutsche Aufgabe Preußens zu übernehmen. Auch Preußen des Großen Wert war einmal zerfallen und ist doch wieder aufgerichtet worden, und wenn jetzt Bismarcks Schöpfung in Eruhen liegt, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß das beste und größte aus Bismarcks Erbe erhalten bleibt, der Wille zur Schöpfung der Reichseinheit. Zum Wiedererwerb brauchen wir alle Kräfte, also auch die preussische Staatsregierung, den preussischen Willen zum Leben. Nicht Preußen oder Deutschland lautet die Lösung, sondern Preußen und Deutschland! Die kleine Schrift ist für die bevorstehenden Kämpfe um die preussische und deutsche Staatsform unentbehrlich.

### Der Richter vom Harthausen

Novelle von H. Parisismans.

Da waren Briefe aus der Zeit vor hundert Jahren, die jene Verhältnisse deutlich erkennen ließen. Namentlich einige des damaligen Grafen Quistorp an Edgards Großvater offenbart das weitestgehende Netz, in dem Armistich die wohlhabenden Landbesitzer an der Spitze abzumachen beabsichtigte. Mehr war jetzt schwierig als aufzutreten. Edgard schloß daher ab und nahm sich vor, das Aufsteigen zu tun. Er gab noch einen Auftrag an Barnevus u. Co., den Agenten Rimberton ihm nach Bremen zur Verfügung zu stellen, und beschloß, abzureisen, sobald der Auftrag befristet sei.

Er sah in seinem Arbeitszimmer, das er sich in Theodos ehemaligem Wohnzimmer eingerichtet hatte, als ein Wagen vorfuhr. Er erkannte einen Geschäftsmann aus Emden, nahm Milde und Stolz und ging an die Tür. Grafin Luise kam ihm entgegen.

„Ich komme mit einem Gruß von meiner Mutter“, sagte sie auf dem Wege zum Zimmer auf der anderen Seite der Türe. „Sie schick Ihnen dies Paket Schrifftstücke, das wir neulich beim Ordnen des Schreibtisches vom Vater gefunden haben. Wir meinen, daß Sie wertvolle Nachrichten und Aufforderungen dort finden werden.“

Es war eine Mappe, überschrieben mit „Schrifftstücke zur Klucht nach Emden, Duisbrock und Harthausen betreffend.“

„Sie können sie für sich durchlesen“, fuhr Luise fort, „und uns mitteilen, was Sie daraus gebrauchen können — und dann möchte ich Sie in meinem Zimmer Mutter etwas fragen. Ich komme selber, statt zu schreiben. Es ist einfacher und schneller. Wir sind liberalt, durch neue Schönergebnisse demüthigt zu werden.“

„Was gibt es denn?“

„Es handelt sich um alle, längst abgetane Geschäfte mit der Frau Rimberton. Es wird verlangt, daß wir Restsumme lösen.“

„Haben Sie die Schrifftstücke darüber bei sich?“

„Im Wagen.“

Edgard ging hinaus, sie zu holen, und breitete sie auf dem Tische aus.

„Ich habe alles mitgebracht, was ich darüber finden konnte“, sagte Luise.

„Wir scheint, das sind alles alte, abgetane Dinge!“ sagte Edgard, „man muß sehen, daß man das von vorn herein abschließt. Es geht von dem Konkursverwalter aus. Der kann natürlich nur tun, was ihm an die Hand gegeben ist.“

„Wir möchten gern von dem allen befreit sein“, sagte Luise.

„Das wird voranschreiten in kurzem geschehen.“

„Aber wie und durch wen?“

„Das hängt ich Ihnen wohl sagen, aber ich möchte es nicht tun, bevor: es könnte mißlingen, so wenig es anzunehmen ist.“

„Kann ich selbst etwas tun, mein Bruder, meine Mutter?“

„Was wollten Sie tun? Es sind so verzwickte Verhältnisse, daß es Ihnen schwer sein wird, sich durchzufinden, und Sie vielleicht besser tun, zu warten, bis der gesamte Angriff geplatzt ist oder — immerhin nicht unmöglich — mißglückt ist.“

„Und ich möchte so gerne etwas tun!“

„Und alles das — wissen Sie, wenn Sie es verstanden?“

„Ich Ihnen das bekannt? Sagen Sie's mir, bitte!“

„Alles von Armistich, von dem Inhaber der Firma Armistich in Bremen!“

„Und wie? Ich kenne alle Geschäftsbeziehungen meines Vaters — aber von diesem Punkte ist mir nichts bekannt!“

„In den Schriften, die ich Ihnen übergab, kommt der Name vor!“

„Aun keine Sie! — Und, wenn es mir glückt, werde ich Sie von diesem Punkte befreien ein für allemal!“

„Es wird Ihnen glücken! Ich weiß es! — Wäre ich Sie auch im Glück! — Ich habe mich mit dem Grafen Delben verabredet!“

„Alles Gute möchte Ihnen werden!“

„Ich wollte, ich — wir hätten Sie eher gefannt!“

„Sie würden enttäuscht sein, wenn Sie mich näher kennen!“

„Aber Sie sind — Sie sind in sich still und zuverlässig!“

„Ja — liebe Theba!“

„Theba“, sagte Luise lächelnd.

Verzeihen Sie! Ich war bei meiner Cousine Theba von Harthausen! Die hat die Gewohnheit, mich ebenso zu loben!“

„Die Lachide ist also ersteinet! — Ich wollte von Ihnen nach Emden und von dort nach Bremen zur Produktion. Ich habe dort zu tun!“

„Ich will selbst nach Emden! schon lange! — es wird mir eine Freude sein, Sie zu fahren! Ich lasse meinen Wagen folgen!“

„Herr von Harthausen, sagte Luise. „Sie fahren nach Duisbrock fort — für uns viel zu früh — ist Ihre Cousine — die Sie mit mir verwechselt haben! — ist sie noch frei?“

„Genick! soviel ich weiß —“

„Mein Bruder liebt sie, seit Jahren. Es waren Hindernisse, aber sie sind nicht mehr. Er wird kommen und anfragen.“

Edgard begleitete seinen Galt nach Emden und ging dann zum „Dittreihens Hof“, nachdem er Luise auf den Bahnhof gefahren hatte. Er traf nur Anthe im Hause, denn ihre Mutter und seine Frau waren in der Stadt.

„Freude! Tadel!“ sagte er, „ich möchte Sie etwas fragen —“

„Wenn ich es beantworten kann —“

„Genick! und niemand anders! Ich weiß es nicht besser zu sagen — wollen Sie meine Frau werden?“

„Ich?“

„Sie! und nur Sie allein!“

Luise lachte hell auf.

(Fortsetzung folgt.)



Soz. auf die ungenügende Beurteilung der politischen Lage und ein dementsprechendes Herabsetzen der Kaufkraft...

Österreichische Noten 8%, rumänische Reil 10 1/2%, Reichsnoten 4 1/2 bis 4,30...

Böheren Forierungen wenig im Berleber. Der Goldmarkt hat unbedeutend höherer Breiten in neuer...

Sam Berliner Bericht. Bericht von Gust. Schulze u. Sohn. Butter - Von allen Seiten kamen Berichte mit höheren Preisen...

Berliner Produktenmarktpreise. Antikale Notierungen für 1 Doppelzentner ab Station Weizen, schlesischer mecklenb. do. alles ab...

Devisen-Notierungen. Berlin, 1. Aug. Gold Brief 2475.-, Amsterdam-Rottd. 2475.-, Paris 628.-, London 288 1/2...

Berliner Börsenberichte. Weis und Wechselmarkt. Der Finanz hat täglich Geld und für Geld auf einige Tage nur 4 1/2 Prozent...

Berliner Bourse vom 1. August 1921. heute gestern heute gestern heute gestern heute gestern heute gestern heute gestern...

Stellen für den 1. August 1921. Chemnitz Bank, Leipzig Hypothek, Mitteldeutsche, Grönlitzer Papier, Glanz Zuckerfabr., Hugo Schneider, Hallische Zuckerraff., Portland-Zement, Pansdorf, Körbisortler Zucker, Leipzig Schokolade, garspinnerei...

Berliner Bourse vom 1. August 1921.

Main table of the Berlin Stock Exchange for August 1, 1921, listing various securities, bonds, and commodities with their respective prices and market status.

Vertical advertisements on the right margin, including 'Stellen für den 1. August 1921', 'Besugspre', and 'DFG'.